

Mitteilung des Senats vom 22. September 2020

Zweites Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

1. Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten mit der Bitte um Beschlussfassung.
2. Mit dem Gesetzentwurf soll die Befristung des Psychisch-Kranken-Gesetz (PsychKG) die nach dem geltenden Wortlaut des § 54 Absatz 2 mit Ablauf des 31. Dezember 2020 endet, um ein Jahr verlängert werden. Die Befristung ist in das Gesetz aufgenommen worden, um eine zeitnahe Evaluation der praktischen Erfahrungen mit dem Gesetz sicherzustellen. Nachdem die Evaluation im vergangenen Jahr stattgefunden hat und der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz hierüber berichtet worden ist, soll nunmehr eine Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in Form einer Überarbeitung des Gesetzes erfolgen. Hierzu reicht die im Gesetz enthaltene Frist insbesondere vor dem Hintergrund der sich seit Anfang des Jahres in Deutschland und auch Bremen ausbreitenden Coronapandemie nicht aus. Bei der für die Vorbereitung einer Novellierung des PsychKG zuständigen Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sind seit einigen Monaten erhebliche Kapazitäten für Bekämpfungsmaßnahmen des Pandemiegeschehens gebunden, die für andere Aufgaben, unter anderem auch für die Zuarbeit zu einem Gesetzgebungsverfahren zur Überarbeitung des PsychKG, derzeit nicht zur Verfügung stehen. Gegenwärtig ist nicht sicher abzusehen, wann mit einer Entlastung der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Aufgaben im Zusammenhang mit der Bewältigung der Coronakrise zu rechnen ist. Daher erscheint eine Verlängerung der Befristung um ein Jahr für angemessen.

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz hat dem Entwurf zugestimmt.

3. Kosten werden durch den Gesetzentwurf nicht entstehen.

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

In § 54 Absatz 2 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten vom 19. Dezember 2000 (Brem.GBl. S. 471–2120a-2), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. April 2019 (Brem.GBl. S. 189) geändert worden ist, wird die Angabe „2020“ durch die Angabe „2021“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

I. Allgemeine Begründung

Am 1. Januar 2001 ist das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) vom 19. Dezember 2000 (Brem.GBl. S. 471) in Kraft getreten. Es ist seitdem mehrfach, zuletzt durch das Gesetz vom 2. April 2019 (Brem.GBl. S. 189), geändert worden. Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten vom 22. Juli 2014 (Brem.GBl. S. 338) ist das Gesetz erstmals befristet worden, damals bis zum 31. Dezember 2019. Die Einführung der Befristung diente der Sicherstellung der gleichzeitig in das Gesetz aufgenommenen Pflicht zur Evaluierung der in der Praxis gemachten Erfahrungen und zur Berichterstattung gegenüber der Deputation für Gesundheit. Da mittlerweile zwar die Evaluation des Gesetzes und die Berichterstattung gegenüber der Deputation durch die zuständige Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz stattgefunden hat, die erlangten Erkenntnisse aber noch nicht in eine Überarbeitung des PsychKG eingeflossen sind, wurde die Befristung verlängert, um eine zeitnahe Novellierung des Gesetzes zu gewährleisten. Die aktuelle Befristung läuft am 31. Dezember 2020 aus.

II. Einzelbegründungen

Zu Artikel 1:

Mit der Änderung des § 54 Absatz 2 soll die bestehende Befristung des Gesetzes bis zum 31. Dezember 2021 verlängert werden. Die Verlängerung der Befristung ist erforderlich, da das PsychKG anderenfalls mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft treten würde. Das Gesetz wird jedoch als Rechtsgrundlage für psychosoziale Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie für Unterbringungen psychisch kranker Personen und den Maßregelvollzug dauerhaft gebraucht, ein Außerkrafttreten ist daher zwingend zu vermeiden.

Für die vorgesehene Novellierung des PsychKG sind durch die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz bereits in erheblichem Umfang Vorarbeiten geleistet worden. So sind insbesondere für die von der Überarbeitung des PsychKG betroffenen Vorschriften Änderungsentwürfe erstellt und mit Anwender-, Nutzer- und Betroffenenkreisen fachlich abgestimmt worden. Auch die rechtliche Bewertung der so entstandenen Entwürfe hat bereits begonnen.

Allerdings sind diese Arbeiten vor dem Hintergrund der pandemischen Ausbreitung des Coronavirus SARS CoV-2 in Deutschland und auch in Bremen seit Anfang 2020 mittlerweile ausgesetzt worden. Die Bewältigung dieser Pandemie und die Bearbeitung der vielfältigen damit einhergehenden Problemlagen bindet in der obersten Landesgesundheitsbehörde einen Großteil der an Arbeitskraft und Arbeitszeit vorhandenen Kapazitäten. Da den mit dieser Aufgabe verbundenen Tätigkeiten auch grundsätzlich Vorrang vor anderen Aufgaben zukommt, musste die weitere Vorbereitung des Gesetzgebungsverfahrens zur Novellierung des PsychKG einstweilig zurückgestellt werden.

Es kann gegenwärtig noch nicht abgeschätzt werden, wann mit der Fertigstellung eines beschlussfähigen Änderungsgesetzesentwurfs zu rechnen ist, da dies maßgeblich von dem weiteren Infektionsgeschehen vor allem in Bremen, aber auch bundesweit abhängt. Eine Verlängerung der Befristung um ein weiteres Jahr wird aus diesem Grund als angemessen angesehen.

Zu Artikel 2:

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.